

# WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt IHU

## Neues Volksbegehren gestartet: „FRIEDENSPOLITIK statt KRIEG“



**JETZT unterschreiben auf:**  
**<https://p-on-voting.or.at>**  
**oder in jedem Gemeindeamt**  
**in ganz Österreich, egal wo.**

Hauptziel des Volksbegehrens ist das Bewußtmachen, daß jeder Friede besser ist als ein Krieg. Dieses Ziel soll durch eine Ergänzung der Österreichischen Bundesverfassung erreicht werden. **Nehmen auch Sie daran teil!**

#### Inhaltsverzeichnis:

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Neutralität adé?</b><br>von Stefan Beig                  | Seite 3   |
| <b>Abschaffung von Bargeld</b><br>von Dr. Peter F. Mayer    | Seite 4   |
| <b>Ohne heimische Bauern<br/>keine Ernährungssicherheit</b> | Seite 5-6 |
| <b>Termine im Sommer</b>                                    | Seite 7   |
| <b>Beiträge der IHU zum EU-Widerstand</b>                   | Rückseite |

**Unsere Forderungen an den Bundesverfassungsgesetzgeber sind:**

### **1. Gesetzesantrag:**

Im Artikel 9a Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz soll die umfassende Landesverteidigung um die Verpflichtung zur **aktiven Friedenspolitik** erweitert werden.

### **2. Anregung:**

Der Nationalrat wird aufgefordert, den Frieden für Österreich und die Sicherheit unseres Landes durch gesetzliche Maßnahmen und aktives politisches Handeln zu gewährleisten. Davon umfaßt sind alle verteidigungspolitischen Fragen wie Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung, wirtschaftliche Sanktionen oder die Beteiligung österreichischer Soldaten.

Österreich setzt sich unter Wahrung der immerwährenden Neutralität gemäß den Bestimmungen des Neutralitätsgesetzes von 1955 weltweit für den Frieden ein und beteiligt sich an keinen Kriegen oder kriegsfördernden Programmen.

**Bevollmächtigter des Volksbegehrens ist Dr. Rudolf GEHRING in Zusammenarbeit mit der Christlichen Partei Österreichs CPÖ, der Initiative Heimat & Umwelt IHU und dem Neutralen Freien Österreich NFÖ. Näheres umseitig.**

*Hinweis: Für die Unterzeichnung von Volksbegehren in den Gemeindeämtern bzw. Stadtmagistraten oder Bezirksämtern braucht man nicht mehr - wie früher - das Formular selbst mitbringen, es wurde vom Innenministerium allen Unterschriftenämtern zur Verfügung gestellt zum Ausdrucken und Überreichen an alle Bürger, die zum Unterschreiben kommen; diese erhalten auf Wunsch eine amtliche Bestätigung ihrer Unterschrift.*

# An den Frieden zu denken, heißt an unsere Kinder zu denken!

*Die Volksbegehrens-Unterzeichner fordern alle österreichischen Politiker auf - egal ob in der Regierung oder in der Opposition, keinerlei öffentliche Aussagen zu tätigen, die im Widerspruch zum völkerrechtlich anerkannten Status der immerwährenden Neutralität stehen und damit für Österreich eine große Gefahr bedeuten. Derartige Aussagen und entsprechende Verhaltensweisen widersprechen einer aktiven Friedenspolitik! <sup>(1)</sup>*

**Dr. Rudolf Gehring** als Bevollmächtigter des Volksbegehrens stellt fest, daß ein Volksbegehren als Instrument der direkten Demokratie nicht als Geschäftsmodell dient. Er verpflichtet sich freiwillig, nach Durchführung der Eintragungswoche die Kosten der Bewerbung dieses Volksbegehrens durch dessen Betreiber zu belegen und öffentlich zugänglich zu machen.

## Was ist unter aktiver Friedenspolitik zu verstehen?

● Die Wahrung der staatlichen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für alle Konfliktparteien unter Beachtung der von der UNO entwickelten Grundsätze. Das gilt auch für innerstaatliche Konflikte wo auch immer.



**Dr. Rudolf Gehring**

● Die immerwährende Neutralität Österreichs ohne Unterscheidung von militärischer, politischer oder wirtschaftlicher Neutralität zu wahren und die umfassende Landesverteidigung zu stärken.

● Die Durchsetzung eines Verbots für Waffenlieferungen in kriegsführende Länder: keine Waffentransporte durch Österreich und keine Überfluggenehmigungen. Keine Beteiligung an Sky-Shield.

● Eine aktive Vermittlerrolle bei Konflikten und Kriegen sowie der Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen allen Staaten, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Österreich war zweimal in der Geschichte Standort einer großen Friedenskon-

ferenz: 1815 beim „Wiener Kongress“ <sup>(2)</sup> und 1961 während der heißesten Phase des Kalten Krieges in Wien durch das Gipfeltreffen von Kennedy und Chruschtschow.

● Stärkung der Friedensbemühungen in den Krisengebieten durch gerechte Wirtschaftsbeziehungen. Sanktionen bedeuten wirtschaftliche Kriegsführung und dienen nicht dem Frieden.

● Nein zur Umstellung auf Kriegswirtschaft!

● Nein zur Herstellung der „Kriegstüchtigkeit“ der EU und der weiteren Verstärkung deren sogenannter „Friedenstruppen“.

● Nein zu jeglicher weiterer Annäherung Österreichs an die NATO oder irgendein anderes Militärbündnis.

● Die weltweite Anerkennung der immerwährenden Neutralität Österreichs erfolgte durch alle damals bestehenden Staaten inkl. der vier Staatsvertrags-Unterzeichnerstaaten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich. **Die immerwährende Neutralität Österreichs ist unsere Lebensversicherung als freier Staat** und steht als Teil des universellen Völkerrechts auch über dem EU-Recht. Die EU ist nur eine regionale Macht und hat keine universelle Wirkung.

**(1)** Dazu gehörte u.a. der kürzliche, offizielle Staatsbesuch (!) Selenskys in Österreich, der von der Staatsspitze mit allen Ehren inkl. Aufmarsch der Garde des Bundesheeres empfangen wurde, eine schwere Neutralitätsverletzung! Der Begriff NEUTRALITÄT bedeutet wörtlich: „ne uter“ = **keinem von beiden!**

**(2)** Auf dem „Wiener Kongress“ wurde u.a. der Grundstein gelegt für die Neutralität der Schweiz, die Österreich 1955 den Staatsvertrag ermöglichte.

## Appell an die NATO-Beate:

Sie haben keinerlei Recht, Österreich an die NATO auszuliefern und unsere Jugend damit zum Kanonenfutter zu machen. Auch dann nicht, wenn sie eine treue Erfüllungsgehilfin des bekennenden Freimaurers Hans-Peter Haselsteiner sind, des größten Bauunternehmers Österreichs, der das Zustandekommen der NEOS überhaupt erst finanziell ermöglichte.

Sie gefährden als derzeitige Außenministerin massiv Österreichs Ruf in der Welt, die nicht nur aus dem sogenannten Westen besteht, und sind eine Schande für unser Land.

Hätte Kickl den Regierungsauftrag angenommen, gäbe es Sie nicht in dieser Rolle; er hat Sie ermöglicht, was wir sehr bedauern.

# Neutralität adé? Österreich steigt offiziell in EU-Verteidigungsunion ein.

Am 22.5.2025 erschien in der online-Tageszeitung „Exxpress“ ein Artikel zu diesem Thema von Stefan Beig mit folgendem Wortlaut:

**Die EU rüstet zur Militärmacht auf - und Österreich ist offiziell dabei. Im Parlament spricht das Verteidigungsministerium zustimmend von einer „neuen Ära“ und einem „Wendepunkt“. Die Neutralität? Kein Hinderungsgrund, heißt es aus Wien.**

Am 12. Mai legte das Verteidigungsministerium im Landesverteidigungsausschuss offen, wohin die Reise geht - in Wien und ebenso in Brüssel. Denn Österreichs Sicherheitspläne verschmelzen zurzeit mit jenen der EU. Das gemeinsame Ziel: die Entstehung einer Europäischen Verteidigungsunion.

Es gehe um eine „handlungsfähige, resiliente und strategisch autonome Europäische Union“, wie das Ministerium betonte. Im Klartext heißt das: ein massiver Ausbau militärischer Strukturen auf EU-Ebene, inklusive gemeinsamer Waffenbeschaffung, Stärkung der Rüstungsindustrie und Milliardeninvestitionen. All das soll gelingen „durch den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion“, so die offizielle Formulierung.

## Weißbuch zur Aufrüstung: Brüssel warnt vor Russland

Deutlich wird die Ausrichtung im von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits präsentierten „Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung“ - der *exxpress* berichtete. Dieses soll als „zentrales Dokument“ für den Aufbau der Verteidigungsunion dienen, unterstreicht das Ministerium. Es positioniere die EU „langfristig als handlungsfähigen Akteur in der globalen Sicherheitslandschaft“.

Als Begründung dient Brüssel ein dramatisches Szenario: Sollte Russland den Krieg in der Ukraine gewinnen, sei ein Angriff auf Europa binnen fünf Jahren denkbar. Die USA unter Trump gelten zudem als unzuverlässiger Partner - die EU müsse daher selbst aufrüsten.

## 800 Milliarden für Raketen, Drohnen und Artillerie

Geplant ist ein umfassendes Rüstungspaket: Luftabwehr, Artilleriesysteme, Drohnen und Raketen sollen in Zukunft EU-weit gemeinsam beschafft werden. Mindestens 40 Prozent aller militärischen Güter sollen laut Weißbuch über koordinierte Programme laufen.

Zur Finanzierung will die EU-Kommission rund 800 Milliarden Euro mobilisieren - über Kredite und durch Ausnahmen vom Stabilitätspakt. Gleichzeitig sollen Regeln für die Rüstungsindustrie gelockert und die Ukraine noch stärker mit Waffen unterstützt werden.

## Österreich: Mit dabei!

Auch das European Defence Industry Program (EDIP) steht auf der Agenda. Es soll die europäische Rüstungsindustrie langfristig stärken und den Ausbau der Produktionskapazitäten fördern. Der Kostenrahmen: 1,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt bis 2027.

Und Österreich? Das Verteidigungsministerium stellt klar: „Österreich unterstützt das Vorhaben ausdrücklich und bringt sich aktiv in die Verhandlungen ein.“ Selbstverständlich unter Berücksichtigung der Neutralität, wie betont wird.

Gegenüber dem *exxpress* erklärt Ministeriumssprecherin Anna-Maria Roth: „Die Teilnahme Österreichs an Initiativen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist mit der Neutralität vereinbar.“ Auch beim EDIP wolle man mitmachen - wegen Kostenvorteilen und effizienterem Beschaffungswesen.

## Kerber warnt: EU-Kommission begeht Rechtsbruch

Scharfe Kritik kommt vom Verfassungsjuristen und Militärkenner Prof. Markus C. Kerber (TU Berlin). Er warnt gegenüber *exxpress*: „Österreich springt auf den europäischen Zug auf - aber niemand fragt, ob das, was die EU tut, überhaupt rechtens ist.“

Wieder einmal versuche die EU-Kommission, sich Kompetenzen

anzueignen, die ihr laut Verträgen nicht zustehen - wie etwa im Verteidigungsbereich. „Die EU nutzt jede Krise, um ihre Macht auszuweiten - sei es Corona oder jetzt der Ukrainekrieg. Und die Regierungen in den Mitgliedstaaten machen mit, weil sie einen Bedeutungszuwachs wittern.“

## Die EU ködert mit Geld - und alle spielen mit

Kerber erklärt das Prinzip: „Die EU-Kommission lockt die Nationalstaaten mit Geld. Dafür schafft sie neue Fördertöpfe, etwa für Rüstungsgüter. Die Nationalstaaten sehen ihre Chance - und die Rüstungsindustrie ermutigt die Regierungen noch zur Rückendeckung.“ Das Resultat: Niemand in Europa widerspricht - und schon gar kein Kanzler oder Ministerpräsident schreibt Brüssel, dass die Kommission hier ihre Kompetenzen überschreitet.

Dabei sei der rechtliche Rahmen klar: Laut Artikel 346 AEUV ist die Beschaffung von Waffen ausschließlich nationale Angelegenheit.

Kerber sieht auch innenpolitische Motive: „Das österreichische Verteidigungsministerium ist geopolitisch inexistent. Es will auf diesem Weg aus der Versenkung kommen.“

## Brüssels Plan ist weltfremd

Grundsätzlich hält Kerber viele der Brüsseler Pläne für kaum umsetzbar: „Eine gemeinsame Rüstungsbeschaffung ist extrem schwierig. Die Bedürfnisse der Staaten sind zu unterschiedlich. Die Fregatten in Frankreich und Italien haben nichts gemein. Gemeinsame Projekte funktionieren - wenn überhaupt - nur bei Munition.“

Was in Österreich viele Menschen interessieren wird, ist unterdessen vor allem eine Frage: Wie kann Österreich als neutraler Staat mitmachen, wenn die EU zur Militärmacht werden will? Das offizielle Österreich sieht keinen Widerspruch, das inoffizielle hat Zweifel.

Originalartikel samt postings dazu siehe <https://rb.gy/n45wto>

# EU-Parlament weiter am Weg zur Abschaffung von Bargeld und zum digitalen Vermögensregister

von Dr. Peter F. Mayer

**Bargeld ermöglicht Anonymität und das ist offenbar unerwünscht. Ab Oktober soll es den digitalen Euro geben, der über eher kurz als lang zum elektronischen Zentralbankgeld führen soll. Damit soll der Finanzelite die Kontrolle über die Menschen übertragen werden, denn mit einem Maus-klick kann festgelegt werden, wofür man Geld ausgeben darf und wofür nicht.**

Um das digitale Zentralbankgeld vorzubereiten und um es im Laufe der Zeit alternativlos zu machen, wird zumindest im Westen das Bargeld immer mehr zurückgedrängt. Man schränkt die Summen ein, die pro Zahlung verwendet werden dürfen und man baut sukzessive die Bankomaten ab. In Australien gibt es immer weniger Bankfilialen und Geldautomaten. Manche müssen schon weit in die nächste Stadt fahren, um noch an Bargeld zu kommen. Auch Israel schränkt Bargeld immer mehr ein. Im Baltikum und in den skandinavischen Ländern ist Bargeld schon weitgehend verdrängt.

## Zentrales EU-Vermögensregister

In der EU, mit ihrem WEF-erzogenen und -affinen Führungspersonal, wird an der massiven Ausweitung von digitalisierter Überwachung gearbeitet. Gestern hat der Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments weitere einschneidende Verschärfungen auf den Weg gebracht, wie der Pressemeldung zu entnehmen ist. Das Ganze wird unter dem Vorwand der Bekämpfung von Geldwäsche inszeniert.

Den gefährlicheren Schritt unter den heute gefassten Beschlüssen stellt die Einrichtung eines EU-Vermögensregisters dar. Die neue Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche führt ein zentrales EU-Register mit Informationen zu allen nennenswerten Vermögenswerten, einschließlich Immobilien, ein. Zur Verwaltung des Registers wird eine neue EU-Agentur namens AMLA eingerichtet. Die Richtlinie wird die Mitgliedstaaten dazu ver-

pflichten, in ihrer Korrespondenz mit ausländischen Stakeholder-Parteien, die Zugang zum nationalen Transparenzregister beantragen, die englische Sprache zu verwenden.

Erfasst werden damit vor allem die einfachen Leute, ähnlich wie bei der anlasslosen Telefonüberwachung. Die Finanzelite, die Geldwäscher und erfahrenen Verbrecher haben ihre Konten in Panama und verwenden Stiftungen und andere Methoden der Verschleierungen. Kleine Wohnungs- oder Hausbesitzer können sich das nicht wirklich leisten. Daher sollte man dieses Register auch im Zusammenhang mit den Plänen sehen, nach denen Wohnungen und Häuser in den nächsten Jahren ständig strenger werdende Energie-Mindeststandards erfüllen müssen. Offenbar steht die Erfassung von Immobilien in einem zentralen Register damit im Zusammenhang.

## Reduzierte Obergrenze für Bargeldzahlungen

Weiter reduziert wurde auch die Obergrenze für Bargeldzahlungen. 2021 wurde die Grenze auf 10.000 Euro gesenkt. Nun folgt der nächste Schritt von 10.000 auf 7.000 Euro.

Eine Erläuterung, wie die um 3000 Euro geringere Obergrenze Geldwäsche effektiv verringern soll, sucht man in der Aussendung vergebens. Man trifft auch mit dieser Maßnahme die kleinen Leute, die großen Fische schwimmen ohnehin in einem ganz anderen Teich.

Kürzlich hatte Tucker Carlson die Investment Bankerin Catherine Austin Fitts zu Gast. Sie war Managing Director von Dillon, Read & Co und unter der Präsidentschaft von George H.W. Bush als Secretary of Housing and Urban Development für Housing in der Regierung tätig. In der gesamten westlichen Welt, nicht nur in der EU, wird der Zugang zu Bargeld schleichend erschwert. Viele Menschen verstünden nicht, was es bedeute, wenn es keine privaten finanziellen Transaktionen mehr gäbe, sagt Catherine Austin Fitts (deutsche Untertitel) in dem Gespräch.

Hier ein kurzer Ausschnitt daraus:

Die perfekte Sklaverei erwartet uns - **wenn wir das zulassen**. Den Überwachungs- und Kontrollplänen der EU muss dringend ein Riegel vorgeschoben werden. Ein Weg dazu ist. **Bargeld zu verwenden, wenn immer es möglich ist**, statt aus Bequemlichkeit Kreditkarten oder Handyzahlungs-Systeme.

Die Vorhaben wurden jeweils mit einer Mehrheit von etwa 100 zu 10 angenommen, dagegen stimmten zumindest die Abgeordneten der AfD.

Quelle:  
tkp-Artikel vom 29.3.2023  
siehe: <https://rb.gy/zca0fo>

## Deshalb heißt die langjährige Devise der Initiative Heimat & Umwelt:



Inge Rauscher, IHU-Obfrau

**Erinnern Sie sich noch?  
Vor der EU-Beitrittsabstimmung hieß es:  
Der Schilling wird bleiben!  
Niemand vergessen....**

# Ohne heimische Bauern keine Ernährungssicherheit!

Am 3. Juni 2025 fand in Linz ein von der IHU organisierter Informationsabend zum Thema „Zur Lage der Bauern in Österreich“ statt. Der Referent war Ing. Paul Pree vom „Unabhängigen Bauernverband“ UBV - nicht zu verwechseln mit dem ÖVP-Bauernbund. Sein sehr guter und erschütternder Vortrag samt Diskussion dazu kann auf <https://youtu.be/AInFPU2ixv8> ungekürzt verfolgt werden.

Die aktuelle Lage angesichts der Angriffe Israels auf den Iran birgt bei weiterer Eskalation die große Gefahr, daß der Iran als Gegenwehr die **Straße von Hormus** blockieren könnte (was militärisch leicht möglich ist), eine Meerenge, die den Persischen Golf mit dem Golf von Oman, dem Arabischen Meer und dem Indischen Ozean verbindet. Durch die Straße von Hormus werden 20 % des weltweiten Rohöls und 30 % des weltweiten LNG (Flüssiggas) transportiert. Explodierende Energiepreise wären die Folge bis hin zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Näheres dazu siehe <https://rb.gy/ihyz8g>

Angesichts der Turbulenzen am Weltmarkt, jederzeit möglicher politisch herbeigeführter Unterbrechung von Lieferketten aus dem Ausland - siehe das Abwürgen einer kostengünstigen Energieversorgung aus Russland durch USA und EU - ist der Weiterbestand unserer Bauern (soweit überhaupt noch vorhanden) und der heimischen Lebensmittelversorgung für die Zukunft von uns allen lebensnotwendig. Die wenigen noch verbliebenen Bauern können das aber nur leisten, wenn sie und ihre Familien auch finanziell überleben können. Und das ist schon seit längerem nicht mehr so, sonst hätten nicht so viele aufgegeben!

**Wir Konsumenten haben dabei eine große Mitverantwortung!**

Niemand zwingt uns dazu, Erdäpfel aus Zypern, Knoblauch aus China, Obst aus Australien, Fleisch aus Argentinien, Wein aus Südafrika etc. zu kaufen. Es geschieht aber in großem Ausmaß nicht durch irgendwelche äußeren Feinde, sondern durch die große Masse unserer österreichischen Mitbürger. Sie verraten damit unsere heimischen Bauern! Jeder



Bauernhaus und Getreidefeld im Mühlviertel

möge bei seinem Einkauf im Supermarkt daran denken. Wir alle dürfen uns nicht länger den Ast abschneiden, auf dem wir (noch) sitzen!

Der UBV wehrt sich seit vielen Jahren dagegen und trägt immer wieder gute **Lösungsvorschläge** an Offizielle und die Öffentlichkeit heran, die von der IHU unterstützt werden. Nachstehend einige davon, deren Umsetzung unbedingt erforderlich wäre zur Rettung unseres Bauernstandes. Wir bringen nachstehend einen wörtlichen **Auszug** aus deren „**Bauernzeitung**“ (<https://rb.gy/5ig55i>).

**Verbot des Handels und des Imports von Lebensmitteln, die nicht die gleichen Auflagen in der Produktion haben wie wir.**

Wir fordern das Verbot des Handels und des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, egal ob aus dem EU-Ausland oder aus Drittstaaten, wenn diese nicht die gleichen Auflagen haben wie wir in Österreich.

Sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmitteln. Derzeit sind dem Betrug beim Handel mit Lebensmitteln Tür und Tor geöffnet. Am Beispiel der illegalen Importe von z.B. Geflügel aus der Ukraine, das plötzlich zum EU-Geflügel wird, sieht man, daß es dringend eine sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmitteln braucht.

**Einführung einer unverwechselbaren Herkunftskennzeichnung.**

Die Lebensmittel-Herkunftskennzeichnung ist neu zu regeln. Es braucht eine einfache, unkomplizierte, leicht nachvollziehbare Herkunftskennzeichnung. Es muß verständlich draufstehen, wo die Lebensmittel herkommen.

**Nein zur Gentechnik-Schere.**

Dazu muß man ergänzend festhal-

ten, daß wir das gesamte Konzept des Marketings der Milch seit vielen Jahren auf komplett gentechnikfreier Fütterung aufgesetzt haben. Jetzt soll das alles umsonst gewesen sein?

**Keine internationalen Handelsverträge ohne komplette finanzielle Abgeltung für die heimische Landwirtschaft bei Benachteiligungen.**

Keine internationalen Handelsverträge mehr ohne einen vollkommenen und Index-gebundenen finanziellen Ausgleich für entstehende Benachteiligungen der Bauern.

**Preisvorgabe bei den Grundnahrungsmitteln für den Lebensmitteleinzelhandel (LEH), maximal 100 % Aufschlag.**

Es braucht bei den Grundnahrungsmitteln eine Preisvorgabe für die Bauern - vergleichbar mit einem Mindestlohn bei unselbständig Beschäftigten. Die gesetzliche Festschreibung von Mindestpreisen für die Bauern bei Lebensmitteln ist notwendig, damit die Produktion von regionalen Lebensmitteln erhalten bleibt. Jedenfalls sehen auch Vertreter des LEH diesen Schritt als überlegenswert und umsetzbar. Bei importierten Waren muß gelten: EU-weit jeweils im betroffenen Land maximal 100 % Preisauflaufschlag auf den Einkaufspreis. Damit sind regionale Lebensmittel auch geschützt und das Preisdumping gegenüber regionalen Produkten wird abgestellt.

**Gesetzlich verankertes Wassernutzungsrecht für die Landwirtschaft.**

Die gesetzliche Verankerung für die Wassernutzung zur Erzeugung von Lebensmitteln ist unabdingbar. Dazu braucht es auch europaweit einen Wasserwirtschaftsplan für die Land- und Forstwirtschaft.

**Stop der Bürokratie - Reduktion der Auflagen und der Behörden um 50 %.**

Wir fordern den Wucher an Bürokratie sofort zu stoppen - national und EU-weit. Wir wollen nur mehr **einen** Mehrfachantrag je Periode. Korrekturen müssen unkompliziert jährlich möglich sein. Kontrollen sollen für die Bauern zumutbar neu gestaltet werden.

Fortsetzung auf Seite 6

## Jährlicher verpflichtender Quercheck aller Maßnahmen mit den Bauern.

Wir fordern einmal im Jahr einen Maßnahmen-Quercheck betreffend die Vorgaben der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ der EU mit den Bauern. Das Ergebnis ist innerhalb eines Monats auszuwerten, und die notwendigen Adaptierungen sind unmittelbar in bestehende Programme einzuarbeiten.

Wir fordern dazu generell, daß jedes Land hundert Praktiker aus allen Sparten nominiert, die jede neue geplante Maßnahme auf deren Praxistauglichkeit prüft. Erst wenn aus der Sicht der Praxis eine praxistaugliche Lösung am Tisch ist, darf diese zur Abstimmung bzw. Umsetzung kommen.

## Praxistaugliche Toleranzgrenze bei Abweichungen.

Land zu bewirtschaften ist mit vielen Herausforderungen in und mit der Natur verbunden. Daher braucht es einen Toleranzpegel für Abweichungen, welcher der Praxis entspricht.

## Stop der sittenwidrigen Verträge.

Wir fordern, die derzeit praktizierte Handhabung bei Zeichnung von Mehrfachanträgen, sofort zu ändern. Die derzeitige Praxis ist, daß immer der Antragsteller - der Bauer - bei Fehlern zur Verantwortung gezogen wird, auch wenn der „Fehler“ von einem Anderen (z.B. von Beratern der Landwirtschaftskammer oder der AMA) gemacht wurde. Das sind sittenwidrige Verträge; wir fordern deren sofortigen Stopp.

## Sofortiges Verbot des Inverkehrbringens von synthetischen Futter- und Lebensmitteln.

Italien zeigt, wie das geht.

## Sofortiger Stopp des geplanten Bürokratie-Wahnsinns „EU-Entwaldungsrichtlinie“.

Soweit einige der offiziellen Aussagen des UBV, siehe [www.ubv.at](http://www.ubv.at)



Die Redaktion der WEGWARTE möchte noch hinzufügen: in Notzeiten wie den beiden Weltkriegen des vorigen Jahrhunderts waren die vorher geächteten Bauern plötzlich „oben-auf“. Für ein Kilo Schmalz mußte man am lebensnotwendigen Schwarzmarkt einen Goldring hinlegen. Nur - damals gab es die Bauern wenigstens noch



Renate Zittmayr von der IHU und Ing. Paul Pree vom UBV

und deren vorgelagerte Gewerbe - die Wagner, die Sattler, die Schmiede, die Sailer, die Sensenmacher u.v.a. mehr - die gibt es heute alle nicht mehr.

Sollte heute in naher Zukunft eine ähnliche Lage eintreten - und das ist aufgrund der bei Redaktionsschluß dieser WEGWARTE am 17.6.2025 durch die de facto Kriegserklärung Israels an den Iran nicht auszuschließen, werden wir bei niemandem mehr ein Kilo Schmalz kaufen können. Sollte die Lage zur Schaffung von Groß-Israel weiter eskalieren, könnte eine Schließung des Seeweges über die vom Iran (dem früheren Persien, einer Hochkultur) kontrollierte Hormus-Route über den Persischen Golf zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen. Damit stünden die enormen Energieressourcen des Iran nicht mehr zur Verfügung. Und ohne einigermaßen kostengünstige Energieversorgung ist auch die Landwirtschaft bei uns und eine krisensichere Nahversorgung „erledigt“. Daß das keine Hirngespinnste sind, können Sie der Sendung von Stefan Magnet in **auf1.tv** vom 13.6.2025 entnehmen, siehe: <https://rb.gy/09xuru>

Es gibt nur **einen** krisensicheren Weg: Wiederaufbau einer Nahversorgung aus eigener Kraft und für das eigene Volk. Das bedeutet in erster Linie Arbeit! Das will die verführte Woke-Generation nicht wahrhaben, aber das Ergebnis - siehe Graz - ist erschütternd.

**Ohne Wald kein Wasser,  
ohne Wasser kein Brot,  
ohne Brot kein Leben!**

**Günther Schwab  
1904-2006**

## Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

**WIR DANKEN** allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

**BITTE** benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

**Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger:** Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

## Fortsetzung von Seite 8

zu beantworten war, lautete: „Soll der Gesetzesbeschluss des Nationalrates vom 5. Mai 1994 über das Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union Gesetzeskraft erlangen?“ Es war aber nicht ersichtlich, was dieser Nationalratsbeschluss bedeutete!

Ab 2010 arbeitete die IHU gemeinsam mit anderen Gruppierungen wieder als Personenkomitee dann an einem dezidierten „**EU-Austritts-Volksbegehren**“. Die Unterschriftensammlung für die Einreichung beim Innenministerium nahm rund zwei Jahre in Anspruch, dann wurde das Volksbegehren aus konstruierten „Formal“gründen bis hin zum Verfassungsgerichtshof zurückgewiesen.

*„Der Zweifel am  
Siege entschuldigt  
nicht das Aufgeben  
des Kampfes.“*

*Marie von Ebner-Eschenbach  
1875*

Wir mußten eine nur marginal „neue“ Formulierung dafür einreichen und wieder rund zwei Jahre an neuen Unterstützungserklärungen arbeiten - mit hohem Zeitaufwand für die Straßenaktionen und noch höherem Finanzaufwand für Notarhonorare, ohne die es damals nicht gegangen wäre. Die in der Eintragungswoche Ende Juni 2015 erreichte amtliche Unterschriftenzahl in den Gemeindeämtern betrug dann immerhin über **261.000 Unterschriften**. Danke allen, die dies ermöglicht hatten! Sie wirken bis heute auf verschiedensten Ebenen weiter. Damit kann auch amtlicherseits nie mehr geleugnet werden, daß es in Österreich eine EU-Austrittsbewegung gibt, der wir treu bleiben.

Inzwischen wenden sich auch langjährige Mitarbeiter der EU-Kommission, die an die EU geglaubt hatten, gegen diesen zerstörerischen Moloch.

Erst kürzlich begann der Politikwissenschaftler **Dr. Thomas Henökl** diesbezüglich an die Öffentlichkeit zu treten, um diese aufzurütteln. Er konnte einen einschlägigen Artikel in der Schweizer „Weltwoche“ platzieren und anschließend ein großes Interview mit ihm in der österreichischen „Ganzen Woche“ - siehe <https://rb.gy/e2g0nv>

In all den Jahren in rund 150 (!) WEGWARTE-Ausgaben, durch Flugblatt-Verteilaktionen, insgesamt an die tausend (!) meist ganztägigen Infostand-Kundgebungen auf den großen Hauptplätzen in Wien und den Landeshauptstädten laufende Aufklärung über die volksfeindliche Politik der EU und viele andere wichtige Anliegen. Von 2020 bis 2023 war anlaßbedingt der Schwerpunkt dieser Aktivitäten die Abwehr der in gesundheitlicher, wirtschaftlich und gesamtgesellschaftlicher Hinsicht enorm schädlichen Corona-Maßnahmen und der Impfpflicht. Deren verheerende Folgen sind noch lange nicht ausgestanden!

Mehr aus inzwischen insgesamt fast vierzigjähriger Arbeit für die Allgemeinheit würde hier den Rahmen sprengen. Es möge allen, die für eine bessere Zukunft arbeiten, bewußt bleiben, daß die heute hinter den Kulissen Herrschenden mit den von ihnen installierten Polit-Darstellern Jahrhundertlang darauf hingearbeitet haben und dies auch weiterhin tun. Eine wirkliche Besserung kann nur **in sehr großen Zeiträumen** erhofft werden und deshalb dürfen alle Gutwilligen niemals lockerlassen! Nur **Beharrlichkeit** wird eines Tages zum Ziel führen: zur Wiederherstellung einer friedlichen und freiheitlichen Volksgemeinschaft, die sich an guten Beziehungen (aber nicht Unterwerfung) mit allen anderen Volksgemeinschaften verpflichtet fühlt. Der **supranationale machtpolitische Überbau**, der bei den meisten großen Kriegen eine entscheidende Rolle spielte, hat allen Völkern nur geschadet.

*Inge Rauscher,  
IHU-Obfrau*

## Termine im Sommer 2025:

Vom mit uns befreundeten „Neutralen Freien Österreich“ NFÖ werden im Sommer wieder **Friedensgespräche** und **Infostand-Aktionen** durchgeführt. Wir laden Sie herzlich ein, dabei mitzuwirken. Bei allen „Runden Tischen“ ist ein Kurzvortrag von NFÖ-Obmann Daniel Jenny zum Thema „Wozu wurde die EG gegründet? Wo steht die EU heute?“ vorgesehen. Bei den Info-Stand-Aktionen werden Unterschriften gegen die EU-Russland-Sanktionen und für das neue Volksbegehren „Friedenspolitik statt Krieg“ gesammelt. Und zwar:

### NIEDERÖSTERREICH Mittwoch 23. Juli in St. Pölten

**Infostand** von 10 bis 14 Uhr  
Ecke Brunnngasse/Kremsergasse.

„**Runder Tisch**“  
im Hotel Roter Hahn,  
Teufelhoferstr. 26, Beginn 16 Uhr.

### OBERÖSTERREICH Donnerstag 24. Juli in Linz

**Infostand** von 10 bis 14 Uhr  
am Taubenmarkt beim Brunnen.

„**Runder Tisch**“  
im Café Glockenspiel/  
Stüberl „Salon“, Hauptplatz 18,  
Beginn 16 Uhr.

### SALZBURG-Stadt Freitag 25. Juli

**Infostand** von 11 bis 15 Uhr  
zwischen dem Alten Markt  
und Brodgasse 13.

„**Runder Tisch**“  
im „Haus Wartenberg“, Riedenburg-  
erstraße 2 (Beginn Bayernstraße),  
Beginn 17 Uhr.

**Nähere Informationen zu allen  
Terminen: 0699/144 303 47  
sowie [www.nfoe.at](http://www.nfoe.at)**

[ihu@a1.net](mailto:ihu@a1.net) - [www.heimat-und-umwelt.at](http://www.heimat-und-umwelt.at)

**WEGWARTE** Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, 35. Jahrgang, Folge 3, Juli 2025,

ZulassungsNr. "SP20Z042089S", Druck: Hannes Schmitz, 3400 Klosterneuburg, Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger:  
**Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmayer, Hagengasse 5, Tel.: 0664/489 37 97 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net**  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 17.06.2025, **Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: OPSKATWW**

## Beiträge der IHU zum EU-Widerstand in Österreich (kleiner Auszug im Rückblick):

Es ist wichtig, daß uns allen - vor allem der Jugend - bewußt bleibt, daß viele Österreicher den EU-Beitritt nicht tatenlos hingenommen haben, sondern sich damals und heute noch mit Kräften dagegen wehr(t)en. Die EU-Mitgliedschaft Österreichs wurde erschwindelt! Hier nur einige der bei weitem nicht vollständigen wichtigsten Stationen unserer Arbeit zur Information vor allem für viele unserer neueren WEGWARTE-Leser.

**Ab Herbst 1992 bis 12. Juni 1994** - bis zur Volksabstimmung an diesem Tag - große **Vortragsserie „Argumente gegen einen EU-Anschluß“ mit Univ.Prof. Dr. Alfred HAIGER**, einem hervorragenden und sehr sozial und ökologisch eingestelltem Referenten, dem Österreich heute noch dankbar sein sollte. Bei insgesamt **60 (!) dieser Großveranstaltungen** in acht Bundesländern, bei denen jeweils viele hundert bis über tausend Besucher teilnahmen, erreichten wir insgesamt rund 22.000 direkte Veranstaltungsteilnehmer. In Verbindung mit der Bewerbung und Durchführung dieser Veranstaltungen wurden **über eine Million Infoblätter** gegen die EU verteilt bzw. mit der Post verschickt und durch **Plakate** in Geschäften und auf Plakatständern auf der Straße dafür geworben. Es war eine sehr intensive Arbeitsphase, die von einem kleinen Team von Idealisten geleistet wurde, die sehr viel privates Geld dafür investierten, sonst wäre das gar nicht möglich gewesen. Das gilt übrigens für unsere gesamte Arbeit! Allen, die damals dabei quer durch die Lande mitgearbeitet haben, gebührt noch heute großer Dank; leider leben nicht mehr alle. Besonders danken möchte ich dafür stellvertretend für manche andere noch posthum Frau **Helga Fojt**, eine außergewöhnlich konsequente, fleißige und liebenswürdige, überzeugte und kultivierte Österreicherin aus Wien-Floridsdorf. Mit ihr habe ich jahrelange Einsätze bei Wind und Wetter in oft unwürdigen Unterkünften in ganz Österreich mangels

finanziellen Mitteln durchgestanden. Sie war eine ganz Große!

**Prof. Alfred Haiger**, der 27 Jahre lang als Vorstand des Instituts für Nutztierwissenschaften an der Wiener Universität für Bodenkultur tätig war, ist heute mit 88 Jahren noch aktiv, wie einer seiner jüngsten Vorträge in Regensburg zum Thema „Kuh und Gras haben Zukunft“ zeigte. Er wurde auf Video aufgenommen und ist sehr empfehlenswert, siehe: <https://rb.gy/f4e8ha>

**Juli 1994** unmittelbar nach der Volksabstimmung Einbringung einer umfangreichen **ANFECHTUNG der Volksabstimmung** beim Verfassungsgerichtshof durch den Wiener Universitätsprofessor und Friedensforscher **Dr. Erwin BADER**. Die dafür nötigen mehreren tausend Bürger-Unterschriften für die fristgerechte Einbringung der detaillierten Anfechtungsschrift wurden von Mitarbeitern der IHU erarbeitet. Gemeinsam mit dem deutschen Staatsrechtler Univ. Prof. **Dr. Karl Albrecht Schachtschneider** brachte Prof. Bader einige Zeit danach eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gegen die Ablehnung der Anfechtung durch den VfGH ein.

Praktisch sofort nach dem Parlamentsbeschluß des EU-Beitritts am 11.11.94 nach der Volksabstimmung begannen wir mit dem Aufbau einer **EU-Austritts-Bewegung**.

**Im Dezember 2000** gelang es der IHU in einem gemeinsamen Personenkomitee mit anderen Gruppierungen, ein bundesweites **VOLKS-BEGEHREN „für die NEUAUS-TRAGUNG der EU-Abstimmung unter fairen Bedingungen“** im Innenministerium einzureichen, was damals noch sehr viel schwieriger war als heute. Über 194.000 Bürger unterzeichneten dieses in ihrem Gemeindeamt.

In den Jahren danach wollte die EU einen eigenen **Verfassungs-**

**vertrag** durchsetzen, dieser scheiterte aber an Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Daraufhin nannte man diesen Vertrag einfach nicht mehr „Verfassung“, sondern eine Zeit lang **„Lissabon-Vertrag“**. Auch dagegen gab es viel Widerstand, nicht nur in Österreich. Aber der Trick der „Umbenennung“ gelang. Der Widerstand in Österreich, an dem auch die IHU massiv beteiligt war, wurde 2008 mit einer öffentlichen Erklärung des damaligen SPÖ-Bundeskanzlers Faymann „beruhigt“, daß es darüber eine Volksabstimmung geben werde. Auch das war nur ein Trick, denn die kam nie. Beim noch heute gültigen EU-Vertrag, den EU-Politiker selbst immer wieder brechen („Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“), handelt es sich um eben diesen „Lissabon-Vertrag“.

2008 organisierten und finanzierten IHU und NFÖ gemeinsam eine von Prof. Schachtschneider formulierte und eingereichte **Verfassungsklage beim österr. Verfassungsgerichtshof** mit dem Titel „Antrag gemäß Art. 140a Abs. 1 i.V.m. Art. 140 Abs. 1 S. 4 B-VG, Antrag auf andere Abhilfe, gegen die Mitgliedschaft der Republik Österreich in der Europäischen Union“ vom 3. Oktober 2008, 370 Seiten. Das Hauptargument dieser umfangreichsten und fundierten **Streitschrift gegen Österreichs EU-Mitgliedschaft** war und ist, daß den Bürgern vor der Volksabstimmung nicht mitgeteilt wurde, daß es sich dabei um eine Gesamtänderung der österreichischen Bundesverfassung handelte. Die Bürger wurden bei der Volksabstimmung von Politikern und Medien getäuscht. Wir brachten damals **zwei Broschüren** über nähere Erläuterungen dazu heraus. Prof. Schachtschneider gebühren mit Sicherheit die größten Verdienste in der juristisch und ökonomisch fundierten Aufklärungsarbeit gegen die EU sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Die den Wählern vorgelegte Frage, die mit „Ja“ oder „Nein“